

Bundesminister Rainer Brüderle

- (A) Wir wollen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen großen und kleinen Unternehmen, zwischen konventionellen und neuen Energieformen. Wir flankieren das mit dem **Wettbewerbsrecht**: mit der neuen Markttransparenzstelle beim Bundeskartellamt,

(Ulrich Kelber [SPD]: Vorgeschrieben im europäischen Binnenmarktpaket!)

mit der neuen Gasnetzzugangsverordnung und mit der Umsetzung des Dritten Binnenmarktpaketes.

(Ulrich Kelber [SPD]: Genau! Aber das ist nicht Ihre Idee! Das ist rechtlich vorgeschrieben!)

Mit diesen Maßnahmen verfolgen wir ein Ziel: bezahlbare Energiepreise für Bürger und Unternehmen in Deutschland.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Opposition scheint eher auf hohe Energiepreise zu setzen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie setzen auf Monopolpreise!)

Anders lassen sich manche Zahlen, mit denen Sie derzeit hausieren gehen, überhaupt nicht erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Wenn der Wind über die Nordsee weht und die Sonne in der Wüste scheint, dann können erneuerbare Energien erzeugt werden. Wir müssen den Strom aber auch zu den Verbrauchern bringen: nach Berlin, Hamburg, München, Stuttgart oder ins Ruhrgebiet. Deswegen ist für mich das Thema **Energienetze** ein wirklich entscheidender Punkt in unserem Konzept.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deshalb ist dieses Thema auch einer der ersten Punkte in unserem Sofortprogramm. Wir müssen die Windparks vor der Küste möglichst schnell und effizient an das Festlandnetz anbinden. Wir wollen, dass in die Netze der Zukunft investiert wird. Wir wollen, dass im Bereich Speichertechnologien geforscht und entwickelt wird. Das haben Sie in der Vergangenheit nicht betrieben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich muss ganz klar sagen: Wer für eine dezentrale, regenerative Energieerzeugung ist, aber nicht Ja sagt zu einem umfassenden Netzausbau, der will in Wahrheit keine dezentrale, regenerative Energieerzeugung. Anders geht es nämlich gar nicht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Bauen Sie doch keinen Popanz auf!)

Es ist scheinheilig, einerseits für die dezentrale Energieversorgung zu sein und andererseits als Erste vor Ort gegen den Bau von Leitungen zu sein. Damit verhindern Sie das Umsteuern in der Energiepolitik. Das ist unaufrichtig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(C)

Wir wollen, dass Strom jederzeit und ohne Unterbrechung zur Verfügung steht. Wir wollen zu jeder Zeit unser Handy aufladen, Kaffee kochen oder das Licht anschalten. Dieses Energiekonzept steht für Verlässlichkeit, für Klimaschutz und für bezahlbare Energiepreise. Wir steigen ein. Wir packen es an. Wir machen es.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bundesminister Röttgen hat einen Satz geprägt, der mich fasziniert hat: „Politik durch die Augen unserer Kinder machen.“ Für mich als fünffachen Familienvater war das eine interessante Idee. Es besteht allerdings die Gefahr, dass sich nachkommende Generationen tatsächlich an Minister Röttgen erinnern:

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaube ich nicht!)

als Minister, der zusätzlich 5 000 Tonnen atomaren Müll verantworten wollte, die für 30 000 nachfolgende Generationen tödlich bleiben, als Minister, der die Sicherheitsanforderungen an die Endlager senken wollte, als Minister, der die Sicherheitsanforderungen an die Atomkraftwerke senken wollte. Im Interesse der Kinder ist diese Politik sicherlich nicht.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Wir kritisieren den Stil, mit dem dieses sogenannte Energiekonzept zustande gekommen ist. Es lohnt sich, einen Blick darauf zu werfen und die Frage zu stellen, wer an der **Erarbeitung** nicht beteiligt wurde. Dies waren die Branche der erneuerbaren Energien, die kommunalen Spitzenverbände, die Stadtwerke, die Wettbewerber der großen Energiekonzerne, die Monopolkommission, das Bundeskartellamt, die unabhängige Wissenschaft, die Umweltschutzverbände, Verbraucherschutzverbände wie Mieterbund und Verbraucherzentrale Bundesverband. Diese durften sich monatelang nicht beteiligen. Sie schreiben Ihnen jetzt Briefe und versuchen, Ihnen Argumente zu liefern, die aber an Ihnen abprallen, frei nach Max Pallenberg: Argumente nützen gegen Vorurteile wie Schokoladenplätzchen gegen Verstopfung.

In den letzten Tagen ist herausgekommen, dass das Drücken der Sicherheit ein zusätzliches Element des Energiekonzeptes ist. Die Deutsche Umwelthilfe spricht bei dem Gesetz von einer „Gesetzesnovelle von der Atomlobby für die Atomlobby“ und spielt darauf an, dass der Bundesumweltminister einen Vertreter der Atomlobby zum obersten Atomaufseher im Bundesumweltministerium gemacht hat.

Ulrich Kelber

- (A) Statt sich um die Sicherheit zu kümmern, stellt sich der Minister hin und sagt über seinen eigenen Entwurf wissentlich die Unwahrheit. Er behauptet, er sei der erste Minister, der dynamische **Sicherheitsanforderungen** an Atomkraftwerke stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich zitiere aus einem Brief der schwarz-gelben Landesregierung Schleswig-Holsteins an den Minister – vielleicht sollte er ihn einmal den Fraktionen der CDU/CSU und FDP vorlegen –:

Bereits auf der Basis des geltenden Rechts sind Kernkraftwerksbetreiber zu einer dynamischen Anpassung ihrer Anlagen an aktuelle Entwicklungen und damit zu einer bestmöglichen Schadensvorsorge verpflichtet.

Die Behörden könnten Nachrüstungen auch ohne Neuregelung durchsetzen, so die Meinung der schwarz-gelben Landesregierung Schleswig-Holsteins zu den Plänen der schwarz-gelben Bundesregierung.

Schon in den 70er-Jahren hat das Bundesverfassungsgericht die dynamische Anpassung durchgesetzt. Jetzt möchte der Bundesminister neben den Kategorien der „bestmöglichen Vorsorge“ und des „hinnehmbaren Restrisikos“ eine neue Kategorie ins Atomrecht einführen. Er verkauft das als eine Verbesserung. Das ist der brutale Röttgen'sche Trick: In Zukunft können die Aufsichtsbehörden Maßnahmen, die bisher Teil der „bestmöglichen Vorsorge“ waren und durch die Anlieger gerichtlich überprüft werden konnten, aus dieser Kategorie herausnehmen und damit den Anliegern das Klagerecht nehmen, das das Bundesverwaltungsgericht noch 2008 bestätigt hat. Mit diesem Urteil wurde gesagt: Jawohl, Anwohner können zum Beispiel die Sicherheit eines Atommeilers gegenüber Terrorangriffen einklagen. Die Folge wäre gewesen: mehr Sicherheit am Atommeiler, nicht das Schleifen der Rechte der Anlieger, wie es Schwarz-Gelb jetzt plant.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach den Berichten der Medien hat es gestern wohl ein Treffen zu Sicherheitsanforderungen für Endlager gegeben. Seit heute lassen Sie in Gorleben wieder die Bohrer dröhnen. In dem Entwurf, der der *Frankfurter Rundschau* vorliegt – dem Parlament nicht –, ist die Rückholbarkeit des Atommülls gestrichen, wird der Sicherheitsnachweis geschleift, werden viele Grenzwerte abgeschafft und durch Gummiparagrafen ersetzt. Auch dieses Papier war geheim, bis die Medien darüber berichtet haben. Das ist der neue Stil der Regierung: Papiere werden so lange geheim gehalten, bis die Medien es herausbekommen; dann werden sie in Nacht-und-Nebel-Aktionen auf die Webseiten der Regierung gestellt.

Die Konzerne dürfen – das ist der interessante Punkt – erhöhte Ausgaben für die Endlager sowie höhere Nachrüstkosten von ihren Zahlungen an die Regierung abziehen. Herr Röttgen, ich frage Sie: Sind das die ersten Folgen des Einwirkens des Finanzministers: Sie senken die

- Sicherheitsforderungen ab, damit die Zahlungen an die Regierung in voller Höhe erhalten bleiben? (C)

Wir wissen seit vorgestern durch einen Bericht der *Zeit*, dass der Rechtsanwalt, der diese Vereinbarung mit RWE und Eon für die Bundesregierung ausgehandelt hat, normalerweise als Berater der RWE tätig ist. Auch da hat die **Atomlobby** mit sich selbst verhandelt.

Wir kritisieren aber auch die inhaltlichen Fehler Ihres Energiekonzeptes. Sie werden höhere Preise und weniger **Wettbewerb** ernten. Sie zementieren die Monopole der vier großen Energiekonzerne, die bereits heute 80 bis 90 Prozent der Stromproduktion stellen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Danach nicht mehr!)

Schlimmer noch: Sie übertragen diese Monopole in den Bereich der erneuerbaren Energien. Das Einzige, was Sie uns anbieten – Minister Brüderle hat es hier wieder getan –: Sie wollen eine Markttransparenzstelle einrichten. Entschuldigung, das schreibt das EU-Binnenmarktpaket vor! Das ist doch keine Erfindung von Schwarz-Gelb. Das soll alles sein, was Ihnen als Wirtschaftsminister zum Thema Wettbewerb einfällt? Ich halte das für eine traurige Vorstellung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Chef der Monopolkommission hat zu Ihrem Programm am 7. September der *Rheinischen Post* gesagt:

Langfristig wird der Wettbewerb nicht gestärkt, im Gegenteil. (D)

Herr Minister, diese Aussage stammt aus Ihrem Beratergremium. Der Präsident des Bundeskartellamts Mundt sagte, damit werde der Wettbewerb geschwächt. Sein Vorgänger Böge hat ein Gutachten erstellt, in dem er nachweist, dass es zu höheren Preisen kommen wird. Bernhard Heitzer, der bis Oktober 2009 Kartellamtspräsident war, schrieb:

Wenn die Laufzeiten verlängert werden, wird die hohe Verdichtung der Erzeugungskapazitäten zementiert.

Herrn Heitzer haben Sie im November zum Staatssekretär in Ihrem Ministerium gemacht. Warum hören Sie nicht auf den Sachverstand in Ihrem Ministerium, Herr Minister?

Wir werden durch Ihr Energiekonzept Jobs verlieren.

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Ach du lieber Gott!)

In der Branche der erneuerbaren Energien, der dynamischsten Branche, wird es auch Firmenzusammenbrüche geben. Ich bitte alle Abgeordneten von CDU/CSU und FDP: Lesen Sie, bevor Sie am Ende abstimmen werden, die Gutachten zu dem Energiekonzept dieser Regierung. Dort finden Sie die erwarteten **Ausbauzahlen** für die erneuerbaren Energien:

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Aber auch die Gewinnmargen!)

Ulrich Kelber

- (A) ein Rückgang von 85 Prozent beim Biomasseausbau, ein Rückgang von 94 Prozent beim Photovoltaikausbau, ein Zusammenbruch von 98 Prozent beim Windenergieausbau an Land, das sind die Ziele dieser Regierung. Das wird der Niedergang der Arbeitsplatzmöglichkeiten sein.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Wo sind Sie denn überall beteiligt?)

Deutschland verliert seinen Technologievorsprung vor Konkurrenten. Sie führen die drei schlechtesten Merkmale Ihrer Politik in einem Konzept zusammen: ökologisch schädlich, wirtschaftlich unsinnig, sozial unausgewogen.

Wir lehnen Ihre Gesetzentwürfe ab.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Michael Fuchs.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kelber, wann haben Sie eigentlich die ganzen von Ihnen eben aufgezählten Vereine bzw. Organisationen beim Ausstieg beschäftigt? Haben Sie sie jemals beschäftigt oder eher überhaupt nicht? Ich glaube, überhaupt nicht. Aber so machen Sie das ja immer.

- (B)

Im Übrigen muss ich eine Zahl von Ihnen korrigieren:

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Viele!)

Die Verlängerung der Laufzeit führt zu maximal 4 Prozent mehr **Atom Müll** gegenüber heute.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wo haben Sie die Zahl her? Quelle?)

Die Zahl, die Sie genannt haben, stimmt so also nicht.

Mit dem Energiekonzept der Bundesregierung liegt erstmals seit 20 Jahren, seit Helmut Kohls Zeiten, ein technologieoffenes, marktorientiertes und vor allen Dingen ideologiefreies Konzept vor.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und der LINKEN)

Damit haben wir eine klare Linie bis zum Jahre 2050 aufgestellt, und wir haben jetzt erstmalig die notwendigen Mittel zum Forschen etc. zur Verfügung. Das ist Rot-Grün in sieben Jahren überhaupt nicht gelungen. Sie haben kein Energiekonzept; Sie haben auch nie eines aufgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir fördern den weiteren **Ausbau der erneuerbaren Energien**. Wir haben uns als Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2020 35 Prozent und bis zum Jahre 2050 80 Prozent

Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Wir stärken die Forschung im Bereich Speichertechnologien und vor allen Dingen im Bereich der Effizienzsteigerung. Wir nehmen Geld in die Hand für den Klimaschutz, und zwar in erheblichem Maße. Zur Finanzierung schaffen wir ein rechtlich abgesichertes **Sondervermögen**. Die Mittel kommen aus dem Emissionshandel und aus der Laufzeitverlängerung und stehen damit für viele Jahre regelmäßig und in voller Höhe zur Verfügung. Damit vermeiden wir in Zukunft den jährlichen Verteilungskampf im Haushalt.

(C)

Es macht keinen Sinn, sichere, CO₂-freie Kernkraftwerke abzuschalten und dafür Strom aus Kernkraftwerken in Frankreich, Polen und Tschechien zu beziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, warum machen Sie das denn? Wir müssen doch gar nicht importieren!)

Denn wie sagte Ihr – für die einen ist es ein früherer, für die anderen ein aktueller – Parteifreund Otto Schily vor kurzem:

Ich finde es sinnlos, die jetzt abgeschriebenen Kernkraftwerke einfach abzuschalten. Das ist so, als wenn Sie einen Lastwagen voller Bargeld verbrennen. Dann nimmt man doch lieber einen Teil des Geldes ... und investiert das in die erneuerbaren Energien.

Recht hat er.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Was hat denn Herr Töpfer gesagt?)

(D)

Lieber Herr Kollege Trittin, uns ist Sicherheit etwas wert. Was Sie betrifft, zitiere ich aus der von Ihnen am 14. Juni 2000 gemachten Ausschlussvereinbarung:

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ausschluss? Was für ein Ausschluss?)

– Herr Trittin, Sie haben das unterschrieben.

... die Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, um diesen Sicherheitsstandard und die diesem zugrundeliegende Sicherheitsphilosophie zu ändern. Bei Einhaltung der atomrechtlichen Anforderungen gewährleistet die Bundesregierung den ungestörten Betrieb der Anlagen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Sie haben damals keinerlei zusätzlichen Sicherheitsstandard vereinbart.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Kollege Röttgen hat etwas ganz anderes gemacht, Herr Kelber: Er hat die Sicherheitsvorschriften verschärft. Wir führen eine zusätzliche Sicherheitsstufe ein. Danach muss der **Sicherheitsstandard** von Kernkraftwerken permanent entsprechend dem fortschreitenden Stand von Wissenschaft und Technik verbessert werden.